

Junge Menschen in Gefahr: Sozialabbau unter blauer Regierung droht!

Jugendorganisationen in Österreich protestieren gegen drohenden Sozialabbau unter FPÖVP-Regierung. Herausforderungen und Folgen für junge Menschen im Fokus.

Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - In einem drängenden Appell warnen verschiedene Jugendorganisationen in Österreich vor den weitreichenden Konsequenzen der politischen Agenda der FPÖVP. Diese könnte hunderten von Menschen das „letzte Hemd rauben“, wie Dede Koudouovoh von der AKS betont. Die Politiker Herbert Kickl und die FPÖVP könnten, laut den leidenschaftlichen Warnungen, insbesondere jungen Menschen schwere Nachteile bescheren. Bildungs- und Sozialleistungen sind dabei besonders bedroht, was die Vorsitzenden von Organisationen wie der FSG-Jugend und den Roten Falken klar anprangern.

Die Sorgen sind nicht unbegründet: In der Zeit der letzten Zusammenarbeit zwischen FPÖ und ÖVP wurden unter anderem die Rechte von Lehrlingen beschnitten, wodurch viele unter einer Halbierung der Lehrlingsentschädigung litten. Fabian Edlinger weist darauf hin, dass jemand der ermöglicht, Lehrlinge so zu behandeln, den Zugang zur Bildung für viele einschränkt, was nicht hinnehmbar ist. „Studieren darf keine Frage des Geldbörserls sein,“ erklärt Miriam Amann von VSStÖ und fordert ein Umdenken, während Diloan Shekho eindringlich mahnt, dass Programme zur Bekämpfung von Kinderarmut notwendig seien anstelle von bloßen Appellen zur Verbesserung der Ernährung.

Die Gefahren des sozialen Kahlschlags

Diese alarmierenden Rückmeldungen fügen sich in den aktuellen Diskurs über den drohenden Sozialabbau unter einer blau-schwarzen Bundesregierung ein. Die Jugendorganisationen stellen klar, dass ihre Mitglieder nicht buckeln werden, während sie unter einem derartigen Elitenprojekt leiden. „Es kann und darf nicht sein, dass Menschen, die ohnehin durch die Teuerung hart belastet waren, nun auch noch für die Krise bezahlen müssen,“ kommentiert Michael Kögl. Diese kühne Ansage wird durch eine Protestaktion unterstrichen, die auf die Gefahren eines drohenden sozialen Kahlschlags hinweisen soll.

Angesichts der Ängste um den Bildungssektor, die als Zielscheibe rassistischer Symbolpolitik fungiert, fordert Koudouovoh ein System, das die Stärken aller Schüler fördert, unabhängig von ihrer Herkunft. Die Ansichten dieser engagierten jungen Leute, die alle unter dem Dach der sozialen Gerechtigkeit vereint sind, stehen dabei auf festem Boden, angetrieben von dem Wunsch nach einer fairen und gerechten Gesellschaft. Diese Ambitionen könnten jedoch durch die politischen Weichenstellungen der FPÖVP gefährdet werden, wie aus den Äußerungen der Jugendvertreter klar hervortritt. Für weitere Einblicke in die Lehrpläne und Bildungsinitiativen können interessierte Leser die Unterrichtspläne von **Hueber** besuchen.

Details	
Vorfall	Sozialabbau
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Quellen	• www.ots.at • www.hueber.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at